



Die Handelspolitik der USA unter Donald Trump hat die globalen Wirtschaftsbeziehungen schon vor über 4 Jahren geprägt. Mit einem scharfen protektionistischen Kurs, massiven Zollerhöhungen und einer Politik des „America First“ wurden zahlreiche internationale Handelsströme umgelenkt oder belastet. Doch nun scheint der Trump-Trade, eine Phase, die von wirtschaftlichen Erwartungen an die US-Wirtschaft geprägt war, endgültig an ihr Ende gekommen zu sein. Besonders betroffen von den geopolitischen und wirtschaftlichen Verwerfungen sind Deutschland und Frankreich – zwei der größten Wirtschaftsnationen Europas.

Deutschlands wirtschaftliche Verwundbarkeit

Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft ist in besonderem Maße anfällig für eine protektionistische US-Handelspolitik. Die Vereinigten Staaten sind einer der wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik, insbesondere für die Automobil-, Maschinenbau- und Pharmaindustrie. Strafzölle auf deutsche Autos oder andere wichtige Industriegüter würden erhebliche Auswirkungen auf die Produktion und die Beschäftigung haben. Schon in der ersten Amtszeit Trumps gab es deutliche Spannungen in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen, die durch neue Zölle oder Sanktionen jetzt weiter eskalieren könnten.

Ein weiteres Problem für Deutschland ist die Schwächung des globalen Handels durch die protektionistischen Maßnahmen der USA. Viele deutsche Unternehmen sind in weltweite Lieferketten eingebunden und leiden unter den steigenden Kosten durch Zölle, Verzögerungen und Unsicherheiten. Besonders der Mittelstand, der stark exportorientiert ist, könnte unter diesen Entwicklungen leiden. Zudem könnte der erneute Druck auf den Euro die Importe verteuern und die Inflation weiter anheizen, was die wirtschaftliche Stabilität zusätzlich belastet.

Frankreichs wirtschaftliche Perspektiven

Auch Frankreich steht vor erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen. Zwar ist die französische Wirtschaft weniger exportabhängig als die deutsche, doch einige zentrale Branchen, insbesondere die Luftfahrt- und Agrarindustrie, sind stark mit den USA verflochten. Neue Handelshemmnisse könnten dazu führen, dass französische Unternehmen Marktanteile verlieren oder gezwungen sind, ihre Produktion anzupassen.

Ein weiteres Risiko besteht in der Investitionspolitik der USA. Mit großzügigen Steueranreizen und Subventionen versuchen die Vereinigten Staaten, Unternehmen zur Verlagerung ihrer Produktionsstätten in die USA zu bewegen. Dies könnte für Frankreichs ambitionierte



Reindustrialisierungsstrategie problematisch werden, da sich Investitionen vermehrt in Richtung Nordamerika verlagern. Gleichzeitig könnte eine aggressive US-Wirtschaftspolitik Europa weiter spalten und den Zusammenhalt innerhalb der EU auf die Probe stellen.

Geopolitische Spannungen und Europas Reaktion

Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen spielen geopolitische Faktoren eine immer größere Rolle. Eine erneute Eskalation der Handelsspannungen zwischen den USA und China könnte Europa in eine schwierige Position bringen. Während Washington erwartet, dass die EU ihre Unterstützung für die US-Strategie verstärkt, wollen viele europäische Staaten ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu China nicht gefährden. Dies führt zu Spannungen innerhalb der EU und könnte langfristig die außenpolitische Handlungsfähigkeit Europas schwächen.

Angesichts dieser Herausforderungen haben führende europäische Politiker mehrfach betont, dass die EU unabhängiger von den USA werden muss – sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch. Besonders Frankreich setzt sich seit Jahren für eine stärkere europäische Souveränität ein. Doch die praktische Umsetzung bleibt schwierig, da die wirtschaftlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten teils weit auseinandergehen.

Finanzmärkte und Investorenvertrauen

Die Unsicherheit über die zukünftige US-Wirtschaftspolitik hat auch Auswirkungen auf die Finanzmärkte. Bereits in der Vergangenheit führten protektionistische Maßnahmen und geopolitische Spannungen zu erhöhter Volatilität an den Börsen. Besonders europäische Unternehmen mit starkem US-Geschäft stehen unter Druck, da sie mit höheren Kosten und einer möglichen Verlagerung von Produktionskapazitäten konfrontiert sind.

Zudem könnte eine aggressive US-Wirtschaftspolitik den globalen Kapitalfluss beeinflussen. Steigende Zinsen in den USA könnten dazu führen, dass Investoren vermehrt Kapital aus Europa abziehen und in den amerikanischen Markt umsichten. Dies könnte den Euro schwächen und die Finanzierungsbedingungen für europäische Unternehmen erschweren.

Notwendigkeit europäischer Solidarität

Angesichts der zunehmenden Herausforderungen ist eine verstärkte europäische Zusammenarbeit unerlässlich. Deutschland und Frankreich als zentrale Akteure in der EU müssen gemeinsame wirtschaftspolitische Strategien entwickeln, um die negativen Effekte einer protektionistischen US-Politik abzufedern. Dazu gehören Maßnahmen zur Diversifizierung der Handelspartner, stärkere Investitionen in Schlüsseltechnologien und eine



aktive Industriepolitik, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas langfristig zu sichern.

Gleichzeitig müssen die europäischen Staaten eine klare Strategie gegenüber den USA formulieren. Ein einseitiges Entgegenkommen könnte langfristig die Position Europas schwächen, während eine geschlossene europäische Haltung gegenüber Washington das Verhandlungspotenzial erhöhen könnte. Eine stärkere Kooperation innerhalb der EU, insbesondere im Bereich Handel und Industriepolitik, wird daher immer wichtiger.

Die Ära des Trump-Trades hat gezeigt, wie verletzlich offene Volkswirtschaften gegenüber abrupten politischen Veränderungen sind. Deutschland und Frankreich müssen nun Wege finden, um sich in einer zunehmend protektionistischen Weltwirtschaft zu behaupten. Dazu ist nicht nur eine stärkere wirtschaftliche Unabhängigkeit von den USA erforderlich, sondern auch eine klare Vision für die zukünftige Rolle Europas im globalen Handel.

P.T.

Es grüßt die Redaktion von Nachrichten.fr!